



Kern: Veränderungspotenzial für ein erstklassiges Bildungsangebot in Baden-Württemberg nutzen

Fünf Forderungen für Akut-Maßnahmen und fünf bildungspolitische Schlussfolgerungen aus den Erfahrungen der Corona-Zeit vorgestellt.

Anlässlich einer Landtagsdebatte über Schule und Kinderbetreuung in Zeiten von Corona sagte der bildungspolitische Sprecher der FDP/DVP Fraktion, **Dr. Timm Kern**: „Die Zeit des Lernens zu Hause während der Corona-Zeit hat Veränderungspotenzial freigesetzt.

Dieses Veränderungspotenzial gilt es nach Überzeugung der FDP/DVP Fraktion für die Entwicklung eines Bildungsangebots zu nutzen, das jedem jungen Menschen die Chance auf bestmögliche Entfaltung eröffnet. Wir erheben dazu folgende fünf Forderungen für Akut-Maßnahmen:

1. Ein Fahrplan für kommenden Wochen und Monate

Lehrer, Eltern und Schüler brauchen jetzt Klarheit und Planungssicherheit – und deshalb einen Fahrplan, wer wann wieder zur Schule geht, welche Angebote Pflicht und welche freiwillig bzw. zusätzlich sind, wie die Rahmenbedingungen für das weitere Lernen zu Hause sind, welche IT-Ausstattung mit Hard- und Software eingesetzt wird.

2. Räume für Bildung

In geeigneten, derzeit geschlossenen Gebäuden sollen zusätzliche Lernräume eingerichtet werden, in denen Schülerinnen und Schüler unter Einhaltung des Abstandsgebots arbeiten können. Berücksichtigt werden müssen hierbei auch die Beruflichen Schulen, von denen viele bereits jetzt ein Problem mit Raumkapazitäten haben. Die Kultusministerin wird aufgefordert, auf die Kommunen deshalb zuzugehen und sie zu unterstützen – mit finanziellen Mitteln für das Aufsichtspersonal und die Hygieneausstattung, aber auch direkt mit Schutzmaterialien.



3. Ein Plan zur Öffnung der Kinderbetreuung

Der Besuch von Kitas, Kindergärten und bei den Tageseltern muss schrittweise wieder Normalität werden – und zwar sowohl im Interesse der Eltern, die Beruf und Betreuung vereinbaren müssen, vor allem aber auch im Interesse der Kinder, die mitunter gänzlich auf den Kontakt zu anderen Kindern verzichten müssen. Ein vielversprechender Vorschlag, wie Kinderbetreuung unter der Prämisse des Gesundheitsschutzes organisiert werden kann, ist zum Beispiel der des Deutschen Kitaverbands.

4. Ein Konzept für das Aufholen von Versäumtem

Neben zusätzlichen Angeboten in den Ferien wäre der vom Philologenverband vorgeschlagene Freischuss mit der Möglichkeit einer freiwilligen Wiederholung ohne Nachteile eine Überlegung wert. Alle Schülerinnen und Schüler nur ins kommende Schuljahr zu versetzen, ohne ihnen aber eine Perspektive für das Nachholen von Versäumtem zu geben, ist alles andere als ein echter Nachteilsausgleich.

5. Mehr Tempo bei der Digitalisierung der Schulen

Es ist eine entschiedene politische Schwerpunktsetzung bei der Digitalisierung der Schulen vonnöten. Es bedarf einer Positivliste mit förderfähigen Systemen und Lösungen, der Definition einer digitalen Mindestausstattung für die Schulen und eines Schul-IT-Beratungsangebots für Eltern.“

Über die Akut-Forderungen hinaus stellte Timm Kern auch einige grundsätzliche Überlegungen der FDP/DVP Fraktion vor. Kern: „Welch fundamentale Rolle die soziale Dimension beim Lernen spielt, zeigt sich insbesondere dort, wo Eltern und Familien nicht in der Lage sind einzuspringen und ihre Kinder beim Lernprozess zu unterstützen.

Gerade diese Kinder und Jugendlichen sind auf die Rückmeldungen des Lehrers, auf eine Interaktion mit ihm in besonderer Weise angewiesen. Der durch Corona ausgelöste Schub für die Digitalisierung der Bildung hat all diejenigen widerlegt, die glaubten, man könnte das Lernen irgendwann mehr oder weniger vollständig individualisieren und den Lehrer durch einen Lernbegleiter ersetzen. Folgende fünf Schlussfolgerungen gilt es aus Sicht der FDP/DVP aus den Erfahrungen der Corona-Zeit zu ziehen:

1. Es kommt auf den Lehrer an!

Erhebliche Anstrengungen sind zu unternehmen, um die besten Köpfe als Lehrer zu gewinnen, sie aus- und fortzubilden und schließlich auch zu halten. Dafür bedarf es guter Arbeitsbedingungen und



Perspektiven, vor allem aber pädagogischer Gestaltungsfreiheit.

2. Die Erziehungspartnerschaft zwischen Eltern und Lehrern eng leben!

Neben kurzen Wegen der Kontaktaufnahme bedarf es darüber hinaus fester Formen des Austauschs beispielsweise in Form von verbindlichen Eltern-Lehrer-Gesprächen.

3. Möglichst viele Wahlfreiheiten im Bildungsangebot schaffen!

Zwischen gebundenen und offenen Angeboten beim Ganzttag wählen zu können, gehört ebenso dazu wie der Erhalt der Haupt- und Werkrealschulen, der Vielfalt der Beruflichen Schulen, der Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ), die Stärkung der Realschulen und eine Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 – sowie die Möglichkeit, eine Schule in freier Trägerschaft besuchen zu können. Wir fordern insbesondere die Grünen auf, in dieser Situation in sich zu gehen und ihre Blockade gegen eine G8/G9-Wahlfreiheit aufzugeben, die neben der FDP/DVP auch von CDU SPD befürwortet wird.

4. Die Digitalisierung der Schulen als gesamtgesellschaftliche Aufgabe begreifen!

Bund, Länder und Gemeinden sind deshalb aufgefordert, einen Digitalpakt 2.0 zu vereinbaren und auch längerfristig die Finanzierung der digitalen Infrastruktur, die Ausstattung von Schulen, Lehrern und Schülern mit Hard- und Software und die Wartung und Aktualisierung der Systeme sicherzustellen. Ausreichende Lehreraus- und -Fortbildungsangebote im Bereich der digitalen Bildung müssen vorhanden sein und Kürzungen selbstverständlich zurückgenommen werden. Und das Fach Informatik mit Inhalten weit über die Informationstechnik hinaus ist an allen weiterführenden Schulen mindestens als Wahlpflichtfach einzurichten. Gleichzeitig brauchen wir eine möglichst früh einsetzende Medienbildung.

5. Die Eigenverantwortung der Schulen stärken!

Die einzelnen Schulen sind bereits jetzt die zentralen Einheiten des Innovations- und Veränderungsprozesses. Sie und gerade auch die Schulleiter müssen mehr Personalverantwortung erhalten und über ein verlässliches Budget sowie inhaltliche Gestaltungsmöglichkeiten verfügen.“

Kern resümierte: „Mehr Freiheit bedeutet auch stets mehr Verantwortung. Das gilt für jeden Einzelnen wie auch für den Staat, der den verbindlichen Rahmen für das Bildungswesen setzt. Deshalb hat der Staat die besondere Verpflichtung, für die besten Bedingungen für die Bildung unserer jungen Menschen zu sorgen. Auch daran erinnern uns die großen Herausforderungen dieser schwierigen Zeit.“